





Herrn Kreistagsvorsitzenden Karl-Heinz Funck Riversplatz 1-9 35394 Gießen

Gießen, den 22.03.2012

## Initiativantrag zum Dringlichkeitsantrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 2. März 2012 zum Kommunalen Schutzschirm (0366/2012)

## Der Kreistag möge beschließen:

Ein Grundsatzbeschluss zur Beantragung von Entschuldungsleistungen und Zinsdiensthilfen nach dem Schutzschirmgesetz (SchuSG) ist nicht erforderlich. Vielmehr bedarf es eines Beschlusses zur weiteren Vorgehensweise, um fristgerecht einen entsprechenden Antrag bis zum 29.Juni 2012 stellen zu können.

## Hierfür beschließt der Kreistag:

1. Der Antrag auf Erhalt von Entschuldungsleistungen und Zinsdiensthilfen nach dem Schutzschirmgesetz und das auf der Basis des vom Kreistag beschlossenen Haushaltssicherungskonzeptes 2012 beizufügende Konsolidierungsprogramm sind vor Abgabe des Antrages dem Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss vorzulegen.

Der Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss wird ermächtigt, über die Antragstellung zu entscheiden.

- 2. Der endgültige verbindliche Beschluss über die Teilnahme am Kommunalen Schutzschirm und die Zustimmung zu der mit dem Hessischen Finanzministerium abzuschließende Vereinbarung bleibt dem Kreistag vorbehalten.
- 3. Der Kreistag des Landkreises Gießen äußert seinen Unmut über den Zeitplan des Gesetzgebungsverfahrens, der es den Landkreisen aufgrund des noch nicht beschlossenen Gesetzes, des jedoch bereits definierten Antragsschlusses 29. Juni 2012, nicht ermöglicht, das Antragsverfahren nach Gesetzesbeschluss mit der gebotenen Gründlichkeit durchzufüh-
- 4. Es wird hiermit nochmals festgestellt, dass ein Haushaltsausgleich mit eigenen Mitteln nicht möglich sein wird, da im Hinblick auf die Finanzierung der Aufgaben der Landkreise ein strukturelles Defizit dauerhaft existiert. Das Land wird aufgefordert, im Rahmen des Verfahrens zum Kommunalen Schutzschirm den Kommunalen Finanzausgleich dahingehend zu verändern, dass das strukturelle Defizit beseitigt wird und die Landkreise in die Lage versetzt werden, mittelfristig einen Haushaltsausgleich herzustellen.

Begründung erfolgt mündlich

SPD-Fraktion

ıd Hofmann Fraktion Bündnis90/

Die Grünen

Fraktion FW